

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 22. Oktober 2021, Az.: VI-0123.049:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 3. Quartal 2021.

Hassler
Staatssekretär

Eingegangen: 22.10.2021 / Ausgegeben: 28.10.2021

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****3. Quartal 2021**

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
1. Green Deal / Fit for 55	2
2. Konferenz zur Zukunft Europas	4
3. Schweiz	6
II. Laufende europapolitische Themen	9
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	12
IV. Entwicklungspolitik	14
V. Internationales	16

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im dritten Quartal des Jahres 2021 waren der European Green Deal, die Konferenz zur Zukunft Europas sowie die Schweiz die Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung.

1. Green Deal / Fit for 55

Bei der Umsetzung des European Green Deal stehen im Moment zwei Bereiche für Baden-Württemberg im Fokus. Zum einen das am 14.7.2021 von der Europäischen Kommission (KOM) vorgelegte „Fit for 55“-Paket, mit dem sie die neuen im Frühjahr beschlossenen Klimaziele der EU, eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um mindestens 55% bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050, maßnahmenscharf umsetzen möchte; zum anderen die im Rahmen der Verbesserung der Luftqualität angekündigte Erhöhung der Emissionsstandards für Pkw, Kleinlastwagen, Lastkraftwagen und Busse, die so genannte Euro 7/VII-Norm.

Das Fit for 55-Paket umfasst 12 Rechtsakte: die Überarbeitung des bestehenden Emissionshandelssystems (ETS) für Energiewirtschaft und Industrie sowie seine Ausweitung auf den Schiffs- und Luftverkehr, die Einführung eines zusätzlichen, separaten Emissionshandelssystems für den Straßenverkehr und den Gebäudesektor, die Verschärfung der Emissionsziele der Mitgliedstaaten („Lastenteilung“) für die Bereiche, die durch keinen ETS erfasst sind, sowie Maßnahmen für den Land- und Forstwirtschaftssektor. Des Weiteren gehören zum Paket die Absenkung der CO₂-Flottengrenzwerte für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, eine Änderung der Richtlinie zur Ladeinfrastruktur, um den Ausbau von Ladesäulen für Strom und Wasserstoff europaweit voranzutreiben, sowie strengere Vorschriften bei Kraftstoffen für die Luft- und Seefahrt. Mit der Einführung eines so genannten Grenzausgleichsmechanismus sollen energieintensive Importwaren, die aus Ländern ohne eine vergleichbare Klimapolitik wie der EU stammen, analog zum ETS-Preis verteuert werden. Mit der Einführung des Mechanismus soll die Wettbewerbsfähigkeit der EU insbesondere in den Bereichen Strom- und Wärme, Aluminium und Stahl sowie Düngemittel gewahrt werden. Zum Paket gehören darüber hinaus auch Änderungen bei der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, bei der Energieeffizienzrichtlinie und bei der Energiebesteuerungs-Richtlinie. Mit der Auflage eines

Klimasozialfonds sollen Belastungen durch die Klimaschutzmaßnahmen für sozial Schwächere ausgeglichen werden.

Für die Ausgestaltung der neuen Euro-7/VII-Norm plant die KOM eine Erhöhung der Grenzwerte für Nicht-CO₂-Schadstoffemissionen im Kraftfahrzeugbereich, die Regulierung weiterer Luftschadstoffe sowie die Überarbeitung der Mess- und Prüfverfahren.

Die Klimagesetzgebung der EU setzt einen wichtigen Rahmen, der dazu beiträgt, dass Baden-Württemberg seine selbstgesteckten Klimaziele erreichen kann. Zugleich stellt es, verbunden mit den Plänen der KOM zur Euro 7/VII-Norm eine Herausforderung für den Transformationsprozess der Automobilwirtschaft dar. Der Vorschlag zur Senkung der CO₂-Flottengrenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge bis 2030 auf -55% sowie bis 2035 auf -100% im Vergleich zu 2021, setzt das Ziel, dass bis 2035 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge in der EU verkauft werden dürfen. Die Euro7/VII-Norm, die bereits für Neuzulassungen ab 2025 gelten soll, erfordert darüber hinaus zusätzliche Investitionen in eine schadstoffärmere Motorenteknik.

Vor diesem Hintergrund führte Staatssekretär Florian Hassler sowohl im Juli als auch im September Gespräche mit hochrangigen Vertretern der KOM. Dazu gehörten Kurt Vandenberghe vom Kabinett der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Michael Hager, Kabinettschefs des Exekutiv Vizepräsidenten Valdis Dombrovskis (Wirtschaft und Handel), Christiane Canenbley, stellvertretende Kabinettschefin der Exekutiv Vizepräsidentin Margrethe Vestager (Digitalisierung und Wettbewerb) sowie Kerstin Jorna, Generaldirektorin der KOM für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU.

Staatssekretär Florian Hassler stellte in seinen Gesprächen die Klimapolitik und den Strategiedialog Transformation Automobilwirtschaft der Landesregierung vor, sprach die Unterstützung der Landesregierung für eine ambitionierte Klimapolitik auf europäischer Ebene aus und warb für den integrierten Ansatz Baden-Württembergs bei der Gestaltung industrieller Transformationsprozesse auch auf EU-Ebene. Die Transformation könne gelingen und beispielgebend sein, wenn sie wirtschaftlich erfolgreich und sozial verträglich sei. Hier komme der geplanten neuen Ausgestaltung der Euro 7/VII-Norm eine besondere

Bedeutung zu. Er betonte die besondere Rolle der KMU im Transformationsprozess und warb in diesem Zusammenhang für europäische Fördermaßnahmen. Staatssekretär Florian Hassler sprach sich für einen zügigen verpflichtenden Ausbau der Ladeinfrastruktur in Europa aus und verwies auf den in Baden-Württemberg bereits erreichten hohen Ausbaustandard. Weitere Themen waren der flankierende Rahmen der EU-Wettbewerbspolitik sowie die Förderung der Grünen Wasserstofftechnologie.

2. Konferenz zur Zukunft Europas

Die Konferenz zur Zukunft Europas hat im Berichtszeitraum ihre Arbeit fortsetzen können. Dabei standen vor allem die Europäischen Bürgerpanel mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern im Mittelpunkt.

Die Europäischen Bürgerpanels sind am 17.-19.9. und am 24.-26.9.2021 mit jeweils 200 Teilnehmenden aus den 27 Mitgliedstaaten gestartet. In Arbeitsgruppen unter Ausschluss der Öffentlichkeit konnten die Teilnehmenden ihren Austausch beginnen, der in weiteren Sitzungen vertieft werden soll. Insgesamt gibt es vier Foren zu den Themenbereichen Wirtschaft/Soziales/Jugend/digitaler Wandel, Demokratie/Werte/Rechtsstaatlichkeit/Sicherheit, Klimawandel/Umwelt/Gesundheit sowie EU in der Welt/Migration. In November wird jeweils eine zweite Sitzung der vier Panels im Online-Format stattfinden, für Dezember/Januar ist eine abschließende Präsenz-Sitzung der Europäischen Bürgerpanels geplant. 20 Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Bürgerpanels nehmen an der Plenarsitzung teil und stellen dort die Ergebnisse der Diskussion vor.

Die Plenarsitzungen sind für 22./23.10.2021, 17./18.12.2021, 21./22.01.2022, 18./19.02.2022 und 11./12.03.2022 geplant.

Das Staatsministerium wird eine eigene Reihe von virtuellen Bürgerdialogen zur Zukunftskonferenz durchführen. So wird es zwei landesweite Online-Bürgerdialoge (regional ausgewogen) mit Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern aus sechs Kommunen (Tauberbischofsheim, Künzelsau, Bad Waldsee, Hechingen, Philippsburg, Donaueschingen) geben; Termine sind der 22./23.10. und 12./13.11.2021.

Weiterhin findet am 19./20.11.2021 ein digitaler grenzüberschreitender Bürgerdialog mit Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern aus 3 Kommunen am Oberrhein (Gundelfingen, Müllheim und Iffezheim) und 3 Kommunen aus Grand Est statt.

Ein digitaler Ost-West-Dialog als interregionaler Bürgerdialog mit ca. 100 Personen aus Baden-Württemberg, Sachsen, der französischen Region Grand Est, Region Niederschlesien (Polen) und zwei Regionen in Tschechien findet am 10./11.12.2021 statt.

Schließlich wird der transnationale Jugend-Dialogprozess in den Vier-Motoren-Regionen zusammen mit den Europe-Direct-Zentren fortgesetzt.

Vom 27.-29.9.2021 fanden im Rahmen des Jugend-Donausalons drei digitale Jugendkonferenzen mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten statt.

Die erste Konferenz stellte die Perspektiven der Jugendlichen aus Nicht-EU Staaten zu Themen wie Bildung, Mobilität und den Arbeitsmarkt in den Fokus. In die Diskussion brachten sich ca. 30 Jugendliche aus Moldawien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und der Ukraine ein. Die zweite Konferenz befasste sich mit dem Trend zur Migration von Ost nach West, insbesondere in der jüngeren Generation. An der Veranstaltung nahmen ca. 95 Schülerinnen, Schüler und Studierende aus nahezu allen Donauländern teil. In der dritten Konferenz diskutierten junge und ältere Menschen aus dem Donaauraum gemeinsam in einem generationsübergreifenden Dialog über Themen wie den Klimawandel, Digitalisierung, interregionale zivilgesellschaftliche Kooperation und das kulturelle Erbe der Donaugesellschaften. Mehr als 80 Jugendliche, aber auch 70 ältere Menschen aus 13 Donauländern nahmen aktiv am Austausch teil.

Die durch die Jugendlichen erarbeiteten Ideen für die Zukunft Europas werden am 15.10.2021 in der Landesvertretung Baden-Württembergs in Berlin einem Publikum aus Politik und breiter Öffentlichkeit vorgestellt werden. Staatssekretär Florian Hassler und der stellvertretende Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik aus der KOM, Normunds Popens, werden sich den Aussagen und Fragen der Jugendlichen stellen. Die Veranstaltungen werden vom Staatsministerium und der Vertretung des Landes beim Bund, gemeinsam mit dem Danube Youth Network, ILEU e.V., der Kulturbeauftragten für die Donauregion, dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm und der Agapedia Stiftung organisiert.

Die Zukunftskonferenz war auch Thema bei der 87. Europaministerkonferenz (EMK) am 8./9.9.2021. Dort tauschten sich die Mitglieder der EMK mit Europa-Staatsminister Michael Roth MdB und den Vertreterinnen des Bundesrates, Ministerin Lucia Puttrich und Ministerin Birgit Honé, zum aktuellen Stand der Arbeiten der Zukunftskonferenz aus. Staatssekretär Florian Hassler betonte, dass die offenen Verfahrensfragen nun schnell gelöst werden müssten damit die inhaltliche Arbeit beginnen könne. Es sei wichtig, dass die Ergebnisse der Dialogprozesse auf den verschiedenen Ebenen bei den Schlussfolgerungen der Zukunftskonferenz berücksichtigt werden.

Am 17.9.2021 fand ein Gespräch von Staatssekretär Florian Hassler mit Daniel Freund MdEP statt, der Mitglied der Delegation des Europäischen Parlaments im Plenum der Zukunftskonferenz ist.

Der Bundesrat hat am 8.10.2021 einen Antrag als Beitrag zur Zukunftskonferenz (BR 738/21 (B)) angenommen, der sich mit der Mitwirkung der nationalen Parlamente befasst. Baden-Württemberg war hier mit anderen Ländern Antragsteller. Es geht den Ländern dabei u.a. darum, die Möglichkeiten der nationalen Parlamente zu verbessern, sich mit eigenen Stellungnahmen in den EU-Gesetzgebungsprozess einzubringen.

3. Schweiz

Die Zusammenarbeit und der Austausch mit der Schweiz werden weiterhin intensiv gepflegt. Ein besonderer Fokus lag im Berichtszeitraum auf dem „House of Switzerland“, einem herausragenden Pop-Up-Projekt der Schweiz in Stuttgart, sowie auf Gesprächen vor dem Hintergrund des Scheiterns des Institutionellen Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz (InstA). Nachdem der Schweizer Bundesrat am 26.5.2021 die Gespräche mit der EU zum InstA nach sieben Jahre Verhandlung beendete, droht eine Negativspirale der EU-Schweiz-Beziehungen. Die EU zeigte großes Unverständnis über den Schweizer Abbruch der Gespräche und machte deutlich, dass ohne InstA keine neuen Verträge mit der Schweiz ausgehandelt sowie keine bestehenden Verträge aktualisiert werden. Somit droht ein langsames Erodieren der Bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz, da diese aufgrund von Rechtsanpassungen immer wieder aktualisiert werden müssen.

Wie eine im Juli 2021 vom Staatsministerium durchgeführte Ressortabfrage zeigt, sind die Auswirkungen des InstA-Scheiterns auf Baden-Württemberg ebenfalls negativ zu bewerten, da sukzessive neue Hürden für die Zusammenarbeit entstehen werden. Insbesondere durch die Nichtaktualisierung des MRA-Abkommens (Mutual Recognition Agreement) zur gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungsverfahren im Bereich der Medizinprodukte Ende Mai drohen für baden-württembergische Medizintechnik-Unternehmen konkret Mehrkosten und Bürokratie durch zusätzliche Zertifizierungsverfahren. Zudem drohen aus den gleichen Gründen Versorgungsengpässe von Medizinprodukten in Baden-Württemberg, die aus der Schweiz importiert werden. Ein ähnliches Szenario droht für die Maschinenprodukte-Branche in den kommenden Jahren.

Eine weitere Hürde aufgrund des InstA-Scheiterns ergibt sich im Wissenschafts- und Forschungssektor, da die Schweiz momentan nicht beim EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ assoziiert ist. Für baden-württembergische Forschungseinrichtungen, die sehr eng mit ihren Schweizer Pendanten zusammenarbeiten, gibt es dadurch ebenfalls negative Auswirkungen in der Zusammenarbeit. Bei wichtigen Zukunftsthemen wie Gesundheit und Energie-/Stromversorgung sind aufgrund des InstA-Scheiterns zudem neue Verträge zwischen der EU und der Schweiz erstmal vom Tisch, womit auch keine Erleichterungen in der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz in diesen Bereichen zu erwarten sind.

Staatssekretär Florian Hassler setzte sich in den vergangenen Monaten bei einer Vielzahl von Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern in Brüssel, Berlin und Bern für gute Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz ein, hob die besonderen Beziehungen Baden-Württembergs mit der Schweiz hervor und machte deutlich wie wichtig dafür gute Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind. Dazu gehörten Björn Seibert, Kabinettschef der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und seine Stellvertreterin Stephanie Riso, die gleichzeitig auch Chefunterhändlerin der EU mit der Schweiz zum InstA ist, sowie Michael Hager, Kabinettschef des Exekutiv Vizepräsidenten Valdis Dombrovskis. Auf Arbeitsebene fand zudem ein Gespräch mit Botschafter Thomas Zimmermann, dem Leiter der Abteilung „Außenwirtschaftlichen

Fachdienste“ im Schweizerischen Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) statt. Des Weiteren sprach Staatssekretär Florian Hassler mit dem Schweizerischen Botschafter in Berlin Dr. Paul Seger und dem deutschen Botschafter in Bern Michael Flügger. Am Rande der EMK am 8./9.9.2021 in Chemnitz konnte Staatssekretär Florian Hassler die EU-Schweiz-Beziehungen auch mit Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, besprechen. Im Rahmen der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) wurde Ende Juni in einem gemeinsamen Schreiben der Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen der IBK-Mitglieder an die EU und die Schweizerischen Regierung beide Parteien aufgefordert schnell in den Dialog zurückzukommen und die bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz für die Zukunft verlässlich aufzustellen.

Eröffnung des „House of Switzerland“ am 2.7.2021

Staatssekretär Florian Hassler vertrat am 2.7.2021 die Landesregierung bei der Eröffnung des Pop-Up-House of Switzerland und begrüßte das Pop-Up-Projekt der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Stuttgart. Es ermöglicht mit einem breiten Programm allen Interessierten aus Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Bereichen sowie Bürgerinnen und Bürgern in einem sehr innovativen Rahmen den direkten Austausch mit Ansprechpartnerinnen und -partnern aus dem Nachbarland. Durchgeführt werden Workshops, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, Lesungen und vieles mehr rund um die Themen Nachhaltigkeit und Innovation. Die Teilnahme ist vor Ort (Montag -Samstag, 10-22 Uhr, Calwerstraße 33/Kronprinzstraße 30) und zum Teil auch via Livestream möglich. Das House of Switzerland ist geöffnet bis 31.10.2021 in Stuttgart.

Verabschiedung des Schweizerischen Generalkonsuls Ernst Steinmann am 29.9.2021

Staatssekretär Florian Hassler verabschiedete am 29.9.2021 den Generalkonsul der Schweizerischen Eidgenossenschaft Ernst Steinmann und ehrte ihn - für seine herausragenden Leistungen in seinem Amt als Generalkonsul - mit der Staufermedaille. Designierter Nachfolger von Generalkonsul Ernst Steinmann ist Urs Schnider.

II. Laufende europapolitische Themen

87. Europaministerkonferenz am 8./9.9.2021

Die erste Europaministerkonferenz (EMK) unter dem sächsischen Vorsitz fand in Chemnitz statt und befasste sich den Schwerpunktthemen Zukunftskonferenz, Unionsbürgerschaft, Europäischer Green Deal und deutsch-tschechische Zusammenarbeit. Zu den Themen Unionsbürgerschaft, deutsch-tschechische Zusammenarbeit und globale Impfstoffversorgung nahm die EMK Beschlüsse an. Die Mitglieder der EMK fassten ebenfalls einen Beschluss zum Haushalt der Länderbeobachterin, der von Baden-Württemberg als Sitzland federführend erarbeitet wurde. Staatssekretär Florian Hassler wies beim Austausch mit Europa-Staatsminister Michael Roth MdB auf die Problematik des eingeschränkten Zugangs für Ländervertreter zu den Ratssitzungen hin. Weitere Informationen zur EMK: <https://www.europa.sachsen.de/EMK.html>

Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks

Baden-Württemberg ist Mitglied im Regional Hubs-Netzwerk (RegHub) des Ausschusses der Regionen (AdR). Aufgabe des Netzwerks, an dem sich 46 europäische Regionen beteiligen, ist es, vermehrt lokale und regionale Expertise in die EU-Gesetzgebung zur Verbesserung der Rechtsetzung und zur Vermeidung von Bürokratie einzubringen. Dazu werden 3-4 Mal im Jahr Fragebögen zur Implementierung von EU-Recht auf regionaler Ebene gemeinsam vom AdR und der Europäischen Kommission erarbeitet. Diese Fragebögen legen die Regional Hubs den fachlich relevanten Stakeholdern in ihren Regionen vor. Dazu gehören die Ressorts der Landesregierung und deren nachgeordnete Behörden, die kommunalen Spitzenverbände sowie Dachorganisationen von Interessenverbänden. Jeder Hub aggregiert die Positionen seiner Stakeholder. Im Anschluss führt das Sekretariat der Regional Hubs im AdR die Positionen zusammen und erarbeitet einen Bericht für die KOM. Den finalen Bericht zu jeder Konsultation stellt das Land den beteiligten Stakeholdern und dem EU-Ausschuss des Landtags zur Verfügung.

Im dritten Quartal hat das Netzwerk zwei Konsultationen durchgeführt. Sie befassen sich zum einen mit dem europäischen Rechtsrahmen zur elektronischen Auftragsvergabe und zum andern mit der INSPIRE-Richtlinie bezüglich der Erfassung und Verarbeitung von Geodaten. Ziel dieser Konsultationen ist es, Erfahrungen und Erkenntnisse von

lokalen und regionalen Verwaltungen und Interessenträgern zusammenzutragen, die mit beiden Themenstellungen in ihrem Arbeitsalltag regelmäßig zu tun haben.

Bei der Konsultation zur elektronischen Auftragsvergabe wurden – wie üblich – alle von der Themenstellung betroffenen Ressorts, die kommunalen Spitzenverbände sowie betroffene Wirtschaft- und Sozialpartner beteiligt. In diesem Fall die Wirtschaftsverbände Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag, Baden-Württembergischer Handwerkstag, Genossenschaftsverband Baden-Württemberg, Verband kommunaler Unternehmen e.V. Landesgruppe Baden-Württemberg. Für die INSPIRE-Konsultation hat das zuständige Ressort, das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg, alle wesentlichen INSPIRE-Akteure von Land und Kommunen über den entsprechenden Begleitausschuss GDI-BW beteiligt. Die vorliegenden Antworten der beteiligten Ressorts und Stakeholder betonen die Wichtigkeit der EU-Regelungen in beiden Themenbereichen für ihre Organisation/Institution und das Land und zeigen über Erfahrungen aus der Praxis sowohl technische als auch rechtliche Änderungsvorschläge zur Weiterentwicklung des EU-Rechts auf. Beim Vergaberecht stehen dabei vor allem Vereinfachungen und Vereinheitlichung in den Ausschreibungsformaten im Mittelpunkt, bei INSPIRE Fragen zur Datenspezifikation und zur Ausweitung des Anwendungsbereiches der Richtlinie.

Green Finance

Am 29.9.2021 fand in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin eine Podiumsdiskussion zu, Thema „Green Finance auf dem Weg zur großen Nummer – Eine europäische Betrachtung“ statt. Green Finance Strategien sollen den Finanzsektor insbesondere darin unterstützen, die für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und der Ziele des Pariser Klimaabkommens notwendigen realwirtschaftlichen Aktivitäten zu finanzieren. Im Kampf gegen den Klimawandel sind die Finanzmärkte ein zentrales Steuerungsinstrument. Staatssekretärin Dr. Gisela Splett, Staatssekretär Dr. Jörg Kukies (BMF), Harald Waiglein (BMF Österreich), Tobias Maaßen (Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland), Angela McClellan (Geschäftsführerin von Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V. und Mitglied des Sustainable Fi-

nance-Beirates der Bundesregierung) sowie Maurice Bauer (Generalsekretär der Börse Luxemburg) diskutierten über den aktuellen Stand, Chancen und notwendiges weiteres Vorgehen.

Europafähigkeit und Europakommunikation

Dynamischer Europapool - Europa in der Mittagspause

Im Rahmen des Dynamischen Europapools wurde die neue Veranstaltungsreihe „Europa in der Mittagspause“ fortgesetzt. Dabei berichten Auswärtsspieler/innen von ihren Auslandsverwendungen. Dieses Format wurde von den Pool-Mitgliedern sehr gut angenommen.

Europaöffentlichkeitsarbeit

„Europapuzzle macht Schule“

Das Europa-Puzzles wurde bis zum Start der Sommerferien durchgängig an Schulen in Baden-Württemberg verliehen. Insgesamt konnten bislang 470 Schülerinnen und Schüler aus 20 verschiedenen Klassen im Alter zwischen 6 und 13 Jahren auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“. Das Europa-Puzzle ist eine 1,50m x 1,50m große Landkarte von Europa, bei dem die EU-Mitgliedstaaten die einzelnen Puzzleteile darstellen. Es kam erstmalig vor den Europawahlen 2019 im Rahmen der Europakampagnen-Bustour zum Einsatz. Auch im neuen Schuljahr wird das Puzzle an weitere interessierte Schulen verliehen. Am 18.9.2021 wurde es mit großer Begeisterung am Europaaktionstag in Ulm eingesetzt.

„SlamUp for Europe“

Das Projekt „SlamUp for Europe“ soll die Poesie mit politischer Bildung verbinden. Bekannte Poetry Slammer und Slammerinnen aus Baden-Württemberg organisierten für teilnehmende Schulen Workshops, in denen die Kunst des Poetry Slams vermittelt wird. In den Workshops erhalten die Schülerinnen und Schüler dabei Grundkenntnisse im Schreiben eigener Texte sowie im Vortragen. Die Texte müssen einen Bezug zu Europa haben. Teilnehmende Schulen sind das Gymnasium Balingen, die Integrierte Gesamtschule Mannheim, das Neue Gymnasium Leibnitz in Stuttgart, das Königin-Olga-Stift Stuttgart und das Michelberg-Gymnasium in Geislingen an der Steige. Die Workshops fanden teilweise im Juli statt, weitere Workshops werden im Oktober durch- bzw. weitergeführt.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit

Zusammenarbeit in der Corona-Pandemie

Auf Anregung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Präsident Jean Rottner findet seit März 2020 wöchentlich, seit Mai 2021 im 2-Wochen-Rhythmus und seit August 2021 in unregelmäßigen Abständen, eine dt.-frz.(-ch.) Schalte mit den drei Grenzländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland und dem Bund (AA, BMI, BMG) auf deutscher Seite und der Präfektur, der Région Grand Est, den Grendépartements, der regionalen französischen Gesundheitsbehörde ARS auf französischer Seite sowie (seit September 2020) Vertreterinnen und Vertretern aus Luxemburg, der wallonischen Region Belgiens und der Schweiz statt. Das Format bietet die Möglichkeit, sich rechtzeitig über evtl. ansteigende Infektionszahlen auszutauschen und über nationale bzw. regionale Maßnahmen zu informieren bzw. sich hierüber abzustimmen.

Partnerschaftskonzeption Baden-Württemberg und Frankreich

Mit dem dritten Quartal konnte das Staatsministerium im Jahr 2021 insgesamt achtzehn Anträge auf Förderung durch den Mikroprojektfonds Baden-Württemberg und Frankreich der Partnerschafts-Konzeption über insgesamt ca. 78.500 Euro bewilligen. Mit dem Fonds sollen die vielseitigen Begegnungen und Austausche in der baden-württembergisch-französischen Zusammenarbeit gestärkt und insbesondere kleinere Projekte gefördert werden. Besondere Bedeutung kommt dem Mikroprojektfonds insofern zu, als im Lichte der Corona-Pandemie die gegenseitigen Begegnungen physisch nicht möglich waren und das Wiederbeleben der Kontakte und Netzwerke insbesondere im Grenzraum einen hohen Stellenwert genießt. Der Mikroprojektfonds trägt in diesen Zeiten auch dazu bei, die brachliegenden Beziehungen durch Begegnung und aktiven Austausch der Bürgerinnen und Bürger gezielt zu fördern.

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Im Berichtszeitraum fand am 29.9.2021 eine Sitzung der erweiterten Troika statt. Themen waren u.a. die Fortschreibung der IBK-Strategie nach 2023, der Planungsstand zu den Aktivitäten im Rahmen des Jubi-

läums „50 Jahre IBK“ in 2022 sowie die Umsetzung weiterer Strategieprojekte in den Bereichen Klimaschutz, Innovation, Energie, Wissenschaft und Verkehr.

Zum Jahresbeginn 2021 ist als Umsetzungsmaßnahme im Strategieprozess der IBK die reguläre Troika (aktueller, ausgehender und nachfolgender Vorsitz) um ein IBK-Mitglied zur sog. „erweiterten Troika“ erweitert worden. Die erweiterte Troika soll die Aktivitäten der IBK stärker konzeptionell und politisch-strategisch begleiten und als Scharnier zwischen den Kommissionen und der politischen Ebene fungieren. Für das Jahr 2021 wird dieser zusätzliche Sitz von Baden-Württemberg eingenommen. Sitzungen auf Arbeitsebene werden nach wie vor als Videokonferenzen abgehalten.

INTERREG Oberrhein

Am 20.7.2021 befasste sich der Ministerrat mit dem Entwurf des Operationellen Programms für die Förderperiode 2021-2027 und billigte die darin enthaltenen politischen Prioritätensetzungen sowie die weiteren inhaltlichen und technischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Programms. Außerdem stellte Staatssekretär Florian Hassler das Operationelle Programm am 14.7.2021 in der 2. Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales des 17. Landtags von Baden-Württemberg vor. Nach der erforderlichen Zustimmung aller Programmpartner wurde das Operationelle Programm 2021-2027 am 2.8.2021 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht. Im Berichtszeitraum traf sich die Ad-hoc-Programmierungsgruppe 2020+ zur Vorbereitung der Förderperiode 2021-2027 am 24.8. und 23.9.2021. Alle Sitzungen werden nach wie vor als Videokonferenzen abgehalten.

INTERREG Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH)

Am 1.7.2021 und 21.9.2021 tagte die Programmierungsgruppe zur Vorbereitung des Operationellen Programms 2021-2027. Das Operationelle Programm wurde nach einer nochmaligen Stakeholder-Beteiligung im Sommer und weiteren Gesprächen mit der Europäischen Kommission angepasst und in der Sitzung am 21.9.2021 in der vorliegenden Version von den Mitgliedern der Programmierungsgruppe verabschiedet. Es wird nun den jeweils zuständigen politischen Gremien der Programmpartner zur Billigung vorgelegt und soll im Herbst 2021 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht werden. Alle Sitzungen werden nach wie vor als Videokonferenzen abgehalten.

EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Am 13.9.2021 fand ein Online-Treffen der Nationalen Koordinatoren der EUSDR statt. Neben der Vorbereitung des Annual Forums am 26.10.2021 in Bratislava waren u.a. der Bericht aus der Task Force Jugendbeteiligung, die Verknüpfung zwischen EU Fonds und den makro-regionalen Strategien (Embedding) sowie die Programmierung des neuen Donauprogramms (DTP 2) wichtige Themen.

Am 3. und 24.9.2021 fanden Online-Sitzungen der Task Force Jugendbeteiligung statt. Die Task Force, an der das Staatsministerium beteiligt ist, hat zur Aufgabe, ein Konzept zur Beteiligung von jungen Menschen und Jugendorganisationen an der EUSDR zu erarbeiten.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Vom 27. bis 29.8.2021 fand in Innsbruck die konstituierende Sitzung des EUSALP Jugendbeirats statt. Das Gremium, in dem auch zwei Jugendliche aus Baden-Württemberg mitarbeiten, hat eine beratende Funktion im Rahmen der Governance der EUSALP. Bei ihrer ersten Sitzung befassten sich die jungen Menschen damit, wie sie künftig zusammenarbeiten möchten und welche Themen sie in die Gremien der EUSALP einbringen könnten.

Vier Motoren für Europa

Im Rahmen der katalanischen Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa fand am 6.7.2021 eine Videokonferenz der Koordinatoren der vier Partnerregionen statt. Dabei ging es insbesondere um die weiteren Planungen der Präsidentschaft, die Arbeit der thematischen Arbeitsgruppen sowie die Überarbeitung der Website.

IV. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals/SDGs) und des Pariser Klimaabkommens standen auch im 3. Quartal des Jahres 2021 im Zentrum der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums. Sie ist weiterhin beeinträchtigt durch die Corona-Pandemie.

Staatssekretär Rudi Hoogvliet traf sich am 23.7.2021 mit dem Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (REZ), um sich und die Entwicklungspolitik, wie sie der Koalitionsvertrag vorzeichnet, vorzustellen und sich von den Expertinnen und Experten des REZ beraten zu lassen. Neben der Beratung der Landesregierung gehören die Vernetzung der Akteure, die Vertretung der entwicklungspolitisch engagierten Menschen sowie die Initiative von gemeinschaftlichen Vorhaben zu den zentralen Aufgaben des REZ.

Pandemiebedingt fand am 17.9.2021 die Entwicklungspolitische Landeskonferenz 2021 virtuell statt. Staatssekretär Rudi Hoogvliet stellte vor über 300 Teilnehmenden die Schwerpunkte der Baden-Württembergischen Entwicklungspolitik zur Diskussion:

- die Förderung der effizienten, erfahrenen und bestens vernetzten entwicklungspolitischen Basis im Land über die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit/SEZ, das Eine-Welt-Promotoren-Programm, das Beteiligungsprojekt Welt:Bürger gefragt! und die bewährten entwicklungspolitischen Netzwerke der Schulen und Hochschulen, der Städte und Gemeinde, der Kirchen und der Zivilgesellschaft;
- eine besondere Unterstützung für das Junge Engagement;
- die Stärkung des bewährten Einsatzes der Städte und Gemeinden;
- eine Vertiefung der Landespartnerschaft mit Burundi, da sich dort nach Jahren der politischen Krise eine Öffnung abzeichnet;
- eine deutliche Positionierung Baden-Württembergs als Klimaschutzland – insbesondere für die Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Diese Schwerpunkte wurden in zehn Workshops diskutiert, weiterentwickelt und eine gemeinsame Agenda für das nächste Jahr abgestimmt: So wird es etwa zu Burundi unter der Federführung des Kompetenzzentrums der SEZ eine Task Force geben, die neben den Mitgliedern des REZ, alle Interessierten in Baden-Württemberg und Burundi versammeln soll. Sie soll etwa klären, wie das politische Tauwetter ganz konkret für das vielfältige Engagement der in der Partnerschaft engagierten Menschen ausgenutzt werden kann.

V. Internationales***Austausch mit den Westbalkanstaaten*****Gespräch mit der Botschafterin der Republik Serbien Snežana Janković am 22.9.2021**

Staatssekretär Florian Hassler empfing am 22.9.2021 die serbische Botschafterin Snežana Janković zu einem Antrittsbesuch. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die bilaterale Zusammenarbeit, insbesondere in der Gemischten Regierungskommission und der EU-Strategie für den Donauraum, die EU-Beitrittsverhandlungen, Reformvorhaben in Serbien sowie die Lage in der Westbalkanregion. Das Land unterstützt seit langem die EU-Beitrittsperspektive der Westbalkanstaaten.

Gespräch mit dem britischen Generalkonsul, Herrn Simon Kendall am 29.9.2021

Staatsminister Dr. Florian Stegmann, Chef der Staatskanzlei, empfing am 29.9.2021 den britischen Generalkonsul, Herrn Simon Kendall. Themenschwerpunkte für den Austausch waren die bilaterale Zusammenarbeit VK-BW, insbesondere die neue Auslandsrepräsentanz des Landes in London, die Reise des Ministerpräsidenten in das Vereinigte Königreich (Schottland und England) vom 6. – 9.11.2021, Überlegungen für eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema „Handel und Klima“ im 1. Quartal 2022 und die Etablierung eines regionalen Austauschs.